

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نپاشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپایی

Von Jürgen Lloyd*

24.10.2020

Geschlossene Heimatfront

Der Imperialismus in seinem Expansionsdrang verlangt nach Einmütigkeit im Innern. Seine Ideologen in Deutschland haben das immer wieder betont – vom Kaiserreich bis heute

Der vorliegende Text basiert auf einem Vortrag, den Jürgen Lloyd am 10. Oktober auf der Veranstaltung der Marx-Engels-Stiftung »Es gab keine Stunde Null« in Stuttgart hielt. Wir danken dem Autor für die Genehmigung zum Abdruck. (jW)

Die Rede von der »Stunde Null« als Bezeichnung für die Kapitulation des deutschen Faschismus im Mai 1945 hatte vermutlich unterschiedliche Motive. Bei einigen mag damit der Wunsch und die Hoffnung zum Ausdruck gebracht worden sein, nun mit all dem zu brechen, was zu Krieg und Faschismus geführt hatte, und eine neue Gesellschaft des Friedens und der Freiheit aufzubauen, wie es im Schwur von Buchenwald hieß und wie es in einem Teil Deutschlands in den folgenden gut 40 Jahren auch tatsächlich unternommen wurde. Auch in den Westzonen Deutschlands und dann in der BRD war die Bezeichnung »Stunde Null« gebräuchlich, aber, da hier der Bruch mit all dem, was zu Krieg und Faschismus geführt hatte, nicht vollzogen wurde und viele der Antifaschistinnen und Antifaschisten, die diesen Bruch und den Aufbau einer neuen, besseren Gesellschaft auch hier angehen wollten, schon bald wieder in Gefängnisse gesperrt wurden, fungierte die Rede von der »Stunde Null« als ideologischer Deckmantel, unter dem die Kontinuitäten zwischen dem faschistischen »Dritten Reich« und der BRD versteckt werden sollten.

Diesen Deckmantel zu lüften und die vielfältigen Kontinuitäten sichtbar zu machen, war und ist daher eine Aufgabe, der sich die antifaschistische Bewegung und demokratische Wissenschaftler in der Bundesrepublik angenommen haben. Sie wurden dabei von Wissenschaftlern und Publizisten der DDR unterstützt, und zwar so kräftig, dass wir auch heute noch von den veröffentlichten Ergebnissen dieser Unterstützung profitieren können.

Wechselnde Figuren, gleiche Ziele

Woran lassen sich Kontinuitäten ablesen? Dazu ein Zitat: »(...) wir brauchen eine neue Weltorientierung, insbesondere wir Deutschen. (...) Deutschland braucht eine neue Deutung seines Daseins, es muss heraus aus der Enge des Raumes und des Gefühls, die uns unbehaglich und unsicher macht. Es braucht eine neue Sicherheit – über Allianzen und supranationale Bürokratien hinweg –, die Sicherheit eines die Zukunft behauptenden, weltgeschichtlichen Bewusstseins.« Der Zeitpunkt dieser hochtrabenden Formulierung, die völlig unverschleiert den Machtanspruch des deutschen Imperialismus artikuliert, ist nicht so

leicht zu bestimmen. Dieses Zitat könnte ebenso aus dem Kaiserreich stammen wie aus den 20er Jahren oder aus der Zeit des Faschismus, aber ebenfalls zu Zeiten der »alten« BRD oder auch der »neuen« formuliert sein.

Zu jeder dieser Zeitperioden mit ihren wechselnden Staatsformen und ihrem wechselnden Selbstverständnis lassen sich die passenden Autoren finden: Im Kaiserreich hätte es zum Beispiel von dem völkischen Theologen Paul de Lagarde stammen können oder auch vom Alldeutschen Verband, in dessen Mitteilungsblatt es schon Mitte der 1890er Jahre hieß: »Es hatte die Überzeugung Platz gegriffen, dass ein Staatswesen mit so viel überschüssiger, wertvoller Volkskraft eines erweiterten Wirtschaftsgebietes nicht entbehren kann, und dass von der wirtschaftlichen auch die nationale Zukunft eines Volkes abhängig ist. Heraus aus der bloßen Großmachtstellung in eine Weltmachtstellung!«¹

Es hätte aber auch – um nicht den Eindruck zu erwecken, solche Ideen wären nur beim schwerindustriell-alldeutschen Flügel der Bourgeoisie vorhanden gewesen – ebenso vom liberalen Vordenker Friedrich Naumann sein können, der kurz vor der Jahrhundertwende in seinem »National-sozialen Katechismus« postulierte: »Die Ausdehnung des deutschen Einflusses auf der Erdkugel ist unmöglich ohne Nationalsinn der Masse, und die Ausdehnung des Einflusses dieser Masse im Volke ist unmöglich ohne weitere Entwicklung der deutschen Macht auf dem Weltmarkte.«²

Derselbe Naumann, der Namensgeber der FDP-nahen Stiftung ist, schrieb im Jahr 1915 – also zu einer Zeit, wie er ausdrücklich betont, als »im Krieg, im Fließen des Blutes und im Wogen der Völker, von unseren Staatsleitern die Grundlagen der neuen Gestaltung gelegt werden (müssen)«: »Nur ganz große Staaten haben noch etwas Eigenes zu bedeuten, alle Kleineren leben von der Ausnutzung des Streites der Großen oder müssen sich Erlaubnis holen, wenn sie eine ungewohnte Bewegung machen wollen. Die Souveränität, das heißt die Freiheit der weltgeschichtlichen Entschliebung, hat sich an ganz wenige Stellen auf der Erdkugel gesammelt. Noch ist der Tag fern, wo »eine Herde und ein Hirt« sein wird, aber die Tage sind vorbei, wo zahllose kleine und mittelgroße Hirten ihre Herden ungeregelt über die Triften Europas trieben. Der Geist des Großbetriebes und der überstaatlichen Organisation hat die Politik erfasst.«³

In der Weimarer Republik dann hätte unser Zitat zum Beispiel von Paul Rohrbach, Heinrich von Gleichen, Edgar Julius Jung oder Arthur Möller van den Bruck stammen können. Es hätte auch einer Broschüre aus dem Jahr 1927 mit dem Titel »Der Weg zum Wiederaufstieg« entnommen sein können, in der Adolf Hitler auf Wunsch des Ruhrindustriellen Emil Kirdorf den Inhalt seiner Vorträge notierte, die er vor ausgesuchtem Publikum im Düsseldorfer Industrieklub gehalten hatte. Dort formulierte der zukünftige Reichskanzler und Führer: »Jedes Volk braucht zur Entfaltung seines eigenen Ichs den nötigen Raum auf dieser Welt. (...) Nur ein genügend großer Raum auf dieser Erde sichert einem Volke die Freiheit des Daseins.«⁴

Und wir kennen auch die Forderung des IG-Farben-Vorsitzenden und Vorsitzenden des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Carl Duisberg, vom März 1931: »Erst ein geschlossener Wirtschaftsblock von Bordeaux bis Odessa wird Europa das wirtschaftliche Rückgrat geben, dessen es zur Behauptung seiner Bedeutung in der Welt bedarf.«⁵

Nachdem zur Bewältigung dieser Aufgaben der Rest der bürgerlichen Demokratie zerschlagen und die faschistische Diktatur errichtet worden war, formulierte dann 1936 der Reichsbeauftragte der NSDAP für Wirtschaftspolitik, der Chemieindustrielle Werner Daitz: »Deutschland in der Mitte des europäischen Kontinents gelegen, ist an erster Stelle verpflichtet, diese Aufgabe der Errichtung einer kontinentaleuropäischen Großraumwirtschaft nicht nur zu verkünden, sondern auch handelspolitisch-praktisch zu betätigen. Deutschland ist

in dieser Hinsicht verantwortlich für Europa. Der Aufbau einer solchen europäischen Großraumwirtschaft ist ja auch letzten Endes nur die logische Fortbildung und Ausgestaltung der nationalsozialistischen Wirtschaftsauffassung und Gestaltung.«⁶

Probleme des Imperialismus

Doch das Zitat stammt weder aus der Zeit des Kaiserreichs noch aus jener der Weimarer Republik, und es wurde auch nicht während des Hitler-Faschismus formuliert. Geschrieben wurde der Passus vielmehr 1960 von dem politischen Publizisten Rüdiger Altmann. Der 1922 geborene Altmann hatte noch während des Faschismus in Berlin bei Carl Schmitt studiert. Er agierte und verstand sich als Schüler des faschistischen Staatsrechtlers und blieb mit ihm auch persönlich bis zu dessen Tod Mitte der 80er Jahre eng verbunden. Carl Schmitt hatte 1939 den Herrschaftsanspruch des deutschen Imperialismus mit der »völkerrechtlichen Unzulässigkeit von Interventionen raumfremder Mächte in einem von einem Ordnungsprinzip beherrschten Großraum«⁷ legitimiert.

Was Schmitt in Form einer Legitimierung des Herrschaftsanspruchs auf den Großraum vorträgt, das ist in Wirklichkeit die herrschaftstechnische Voraussetzung des imperialistischen Machtstrebens: Nur wenn es gelingt, das Volk auf eine politische Idee auszurichten, so dass es »sie trägt« und dabei »einen bestimmten Gegner im Auge hat«, ist die Voraussetzung dafür geschaffen, den imperialistischen Herrschaftsanspruch politisch-praktisch durchzusetzen. Schmitt: »Vom völkerrechtlichen Standpunkt betrachtet, lassen sich Raum und politische Idee nicht trennen. Für uns gibt es weder raumlose politische Ideen, noch umgekehrt ideenlose Räume oder Raumprinzipien. Zu einer bestimmbar politischen Idee wiederum gehört, dass ein bestimmtes Volk sie trägt, und dass sie einen bestimmten Gegner im Auge hat, wodurch sie die Qualität des Politischen erhält.«

Imperialistische Herrschaft bedarf also der Zurichtung der Bevölkerung, auf dass – um noch mal mit Friedrich Naumann zu sprechen – der »Geist des Großbetriebes und der überstaatlichen Organisation (...) die Politik« erfassen möge. Sie bedarf der aktiven Unterstützung einer »geschlossenen Heimatfront«, bei der es keineswegs darum geht, lediglich Ruhe im Land herzustellen.

Die Ursache dafür, dass der Imperialismus auf diese »Heimatfront« angewiesen ist, liegt in der ökonomischen Entwicklung: Der Fortschritt der Produktivkraftentwicklung geht einher mit einer Ausdehnung des gesellschaftlichen Charakters der Produktion. Die Reproduktion kapitalistischer Herrschaft verlangt infolgedessen eine zusehends bewusste Organisation der Zusammenarbeit aller Gesellschaftsglieder. Die Herausbildung des Imperialismus und der Monopolbourgeoisie ist die kapitalistische Antwort auf dieses Erfordernis. Der Imperialismus braucht zur optimalen Durchsetzung seiner Interessen die Ausrichtung möglichst der gesamten Gesellschaft auf seine Ziele und Zwecke und verlangt dafür deren Zuarbeit, obwohl dies die objektiven Interessen der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung verletzt.

Auf Basis dieser spezifischen Existenzbedingung monopolkapitalistischer Herrschaft lassen sich Funktion und die zweckrationale Notwendigkeit originär imperialistischer Herrschaftsideologien erklären. So wird verständlich, dass Friedrich Naumann den »Nationalismus der Masse« zur notwendigen Bedingung der Ausdehnung des deutschen Einflusses auf der Erdkugel erhebt. Weiter lässt sich damit erklären, warum die Monopolbourgeoisie das Klasseninteresse hat, im Zweifelsfall auch zur faschistischen Diktatur übergehen zu können. Falls das Maß an Bewusstseinsverfälschung nicht ausreicht, um der Ausdehnung des deutschen Einflusses in der Welt die erforderliche Massenbasis zu verschaffen, muss die Heimatfront auch per terroristischer Unterdrückung jeglicher Opposition hergestellt werden können.

»Formierte Gesellschaft«

Vor diesem Hintergrund wird auch eingängig, was es heißt, wenn der glühende Schmitt-Verehrer Rüdiger Altmann 1960 in dem oben wiedergegebenen Zitat konstatiert, dass Deutschland »die Sicherheit eines die Zukunft behauptenden, weltgeschichtlichen Bewusstseins.« bedarf.⁸ Altmann war Redenschreiber Ludwig Erhards und Vordenker des zur Regierungsprogrammatisierung erhobenen Konzepts der »Formierten Gesellschaft«, von der der Bundeskanzler auf dem Parteitag der CDU 1965 sagte: »Wenn ich zum innenpolitischen Teil unseres Programms für Deutschland von der Notwendigkeit gesprochen habe, bewusst den Schritt zu einer Formierten Gesellschaft zu tun, dann habe ich dabei zugleich und nicht minder an die Grundlage unserer Außenpolitik gedacht (...) Eine wirksame deutsche Außenpolitik bedarf (...) heute mehr denn je der inneren Geschlossenheit unseres Staatswesens und einer hohen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Je deutlicher sich die Bindung des deutschen Volkes an seinen Staat, an sein Vaterland ausprägt, je gesammelter und geschlossener sich Deutschland der Welt präsentiert, um so mehr wird diese bereit sein, uns zu verstehen. (...) Die formierte Gesellschaft ist auch kein Modell, das etwa nur im Gehäuse des Nationalstaates funktioniert. In ihr kann sich vielmehr das Bild eines geeinigten Europas prägen. Sie ist darüber hinaus geeignet, eine Leitidee für die Neugestaltung unseres Erdteils wie auch für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung anderer Völker zu sein.«⁹

Nachdem das Projekt der Formierten Gesellschaft zwar nicht aufgegeben, aber doch aufgrund des Widerstands dagegen einstweilen nicht in dieser Form weiterverfolgt worden war, verschob Altmann seine Sympathien in Richtung der sozialliberalen Koalition. Er schrieb dann für die SPD-nahe Zeitschrift Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte (und der Nachlass von Altmann findet sich nicht etwa beim Deutschen Industrie- und Handelstag (DIHT), dessen stellvertretender Geschäftsführer er über lange Jahre war, oder bei der Konrad-Adenauer-Stiftung, deren Akademie in Eichholz er leitete, sondern im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung). Der Sozialdemokrat Peter Glotz, der als Chefredakteur der NG/FH seinen Autor Altmann protegierte (und nebenbei weitere Vertreter und Vordenker der Neuen Rechten wie Henning Eichberg, Peter Brandt, Tilman Fichter Publikationsraum ermöglichte) fragt unter dem Titel »Gesamteuropa – Skizze für einen schwierigen Weg« in einem Artikel von 1990 – die Einverleibung der DDR war gerade erfolgt, das deutsche Monopolkapital sann über weitere Expansionsschritte nach: »Wie lässt sich verhindern, dass jetzt ein raum- und systemloses Durch- und Nebeneinander von soundsoviel angeblich gleich souveränen Staaten, ein strukturloses Chaos entsteht?«¹⁰ Wenig später sitzt er im Kuratorium der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft und wird dann Vorsitzender der Stiftung für das Zentrum gegen Vertreibungen – und zwar gemeinsam mit der damaligen BdV-Präsidentin und heutigen AfD-Unterstützerin Erika Steinbach.

Das kontinuierliche Bemühen um ideologische Orientierung für die Schaffung eines »die Zukunft behauptenden, weltgeschichtlichen Bewusstseins« bis in die Jetztzeit zu verfolgen, lässt sich auch mit Äußerungen von Herfried Münkler, einem der wichtigsten Berater der Bundesregierung illustrieren. Auch von ihm hätte das Altmann-Zitat stammen können. 2010 schrieb er in einem Artikel über die »Lahme Dame Demokratie« in der Zeitschrift Internationale Politik: »Sie (gealterte politische Ordnungen) bedürfen (...) regelmäßiger Entschlackungs- und Verjüngungskuren – aber wer soll die verschreiben und überwachen, wenn es keine legalen Kompetenzen außerhalb des politischen Systems gibt? In der Regel haben schwere politische Krisen diese Aufgabe erfüllt, die zumeist mit Kriegen verbunden waren. Einige politische Theoretiker haben deswegen gelegentliche Kriege zur Revitalisierung der politischen Ordnung vorgeschlagen. Solche Vorschläge haben heute keine Überzeugungskraft mehr. Bleibt deswegen nur noch die Diktatur? Die Schlüsselfrage lautet:

Gibt es jenseits der Legalordnung Legitimitätsreserven, die angezapft und in Anspruch genommen werden können, um eine in die Jahre gekommene Ordnung zu verjüngen?«¹¹ Wer so etwas schreibt, weist sich als gelehriger Schüler von Carl Schmitt aus, und macht sich seine Gedanken, wie eine »entschlackte« und »verjüngte« Form der Herrschaft dem Imperialismus für dessen kommende Aufgaben und Herausforderungen die benötigte geschlossene Heimatfront bereiten könnte.

Anfang Oktober stellte die »Münchener Sicherheitskonferenz« ihren neuen »Munich Security Report« mit dem Titel »Zeitenwende Wendezzeiten« vor. Darin finden sich unter anderem folgende Aussagen: »Auch in der deutschen Politik wird immer wieder konstatiert, dass wir eine weltpolitische Zeitenwende erlebten und Europa sein Schicksal in die eigene Hand nehmen müsse. Was bislang fehlt, ist ein von der politischen Klasse getragener Wille zu einer neuen deutschen Außenpolitik, die ein ›soveränes Europa‹ erst möglich macht. Die Bausteine dafür lassen sich jedoch unschwer identifizieren. (...) Nur wenn Deutschland sich der Führungsrolle stellt, die ihm als größter Mitgliedstaat der Union zukommt, wird Europa in der Lage sein, souverän zu handeln und europäische Interessen wirksam zu verteidigen.« Und an anderer Stelle: »Um Europa handlungsfähig zu machen, muss Deutschland zunächst auf nationaler Ebene seine strategischen Interessen definieren und seinen außenpolitischen Apparat inklusive der Entscheidungsprozesse modernisieren. Das beginnt mit der Weiterentwicklung der ›strategischen Kultur‹. (...) Die meisten Deutschen präferieren zivile Instrumente für mehr deutsches Engagement. Dennoch lässt sich die Bevölkerung mit guten Argumenten auch von Entscheidungen überzeugen, die über das traditionelle Handlungsspektrum Deutschlands hinausgehen.«¹²

Klasseninteressen

Erneut dreht sich die Frage um die Herstellung einer geschlossenen Heimatfront. Es lassen sich also unter den Bedingungen imperialistischer Herrschaft Kontinuitäten nachweisen, wo Brüche behauptet werden. Ein Programm wie die »Formierte Gesellschaft« ist nicht bloß die Idee eines Rüdiger Altmann oder die Politik eines Ludwig Erhard oder das Organisationsinteresse der CDU, sondern gesetzmäßiger Ausdruck des Herrschaftsinteresses der imperialistischen Monopolbourgeoisie, es ist ein Klasseninteresse. Die Rückführung der vielfältigen Erscheinungen von Kontinuitäten auf die spezifischen Interessen imperialistischer Klassenherrschaft geht auf den Gedanken zurück, wonach die Geschichte als »Geschichte von Klassenkämpfen« zu deuten und zu verstehen sei.

Um zu verstehen, warum und wie die Klassenkämpfe entscheidende und bewegende Faktoren der Geschichte sind, bedarf es jedoch eines Begriffs von Klassenkampf, der mehr beinhaltet als ein rein ökonomistisches Verständnis von Klasseninteressen: Der einzelne Kapitalist mag das aus seiner Klassenlage motivierte Interesse verfolgen, seinen Profit durch verschärfte Ausbeutung zum Beispiel per Arbeitszeitverlängerung zu erhöhen. Und es hat seine Berechtigung, den Kampf um die Durchsetzung oder Verhinderung der Arbeitszeitverlängerung als Klassenkampf zu sehen. Aber es wäre Ausdruck einer ökonomistischen Fehlinterpretation und würde den Satz aus dem »Manifest der Kommunistischen Partei« auf das Niveau einer floskelhaften Bemerkung herabdrücken, wenn wir die »Geschichte von Klassenkämpfen« auf dieses Verständnis von Klassenkämpfen reduzierten.

Anders, konkreter und am Beispiel erläutert: Die Ursache der Faschismuserstehung ist historisch nicht darauf zurückzuführen, dass Kapitalisten das ihrer Klassenlage entspringende Bereicherungsinteresse verfolgten, sich mittels »Arisierung« fremdes Kapital anzueignen. Das gab es selbstverständlich auch, und die Aussicht auf eine solche Beute mag manchen Kapitalisten dazu motiviert haben, die Nazibewegung und den Faschismus zu unterstützen.

Aber ein marxistisches Verständnis von Faschismus ist mit dieser Feststellung noch lange nicht erreicht. Sie ist bürgerlichen Erklärungsmustern verhaftet, wonach die Geschichte das Ergebnis des Handelns großer oder auch kleiner Männer, manchmal auch Frauen sei, von Individuen jedenfalls, die ihre privaten Interessen verfolgen. Das gilt selbst, wenn das Expansionsinteresse einer ganzen Industrie in den Blick rückt, also zum Beispiel das Interesse der Schwerindustrie an der Annexion der belgischen und französischen Erzgruben. Wiewohl dieses Interesse selbstverständlich eine geschichtliche Wirkung gezeigt hat. Es bleibt aber ein auf den konkreten Bedarf eines Kapitalisten oder einer Kapitalgruppe bezogenes Interesse und überschreitet nicht den Rahmen dieses Partikularinteresses, ist noch nicht das Gesamtinteresse der Klasse.

Ohne von den individuellen Zielen der einzelnen Klassenvertreter zu abstrahieren, gelangt man nicht zu einem Begriff von Klasseninteressen, um deren Durchsetzung jene Kämpfe geführt werden, die den Charakter einer geschichtlichen Epoche prägen können. Die Geschichte machenden Klassenkämpfe sind solche, bei denen es darum geht, ob und inwiefern die herrschende Klasse ihre Existenzweise, also die Bedingungen, mit denen diese Klasse ihre Existenz als Klasse produziert und reproduziert, zum bestimmenden Prinzip der Gesellschaft machen kann. Es ist der wesenseigene Expansionsdrang des Imperialismus, das Bedürfnis, Herrschaft über einen Raum zu erlangen und die dazu erforderliche Herstellung der geschlossenen Heimatfront herzustellen, die die vorgestellten politischen und gesellschaftlichen Kontinuitäten erklärbar machen.

Anmerkungen

1 »Deutschlands Weltstellung und der Weiterbau am deutschen Nationalstaat«, in: Alldeutsche Blätter, 7. Januar 1894, zit. nach: Reinhard Opitz (Hrsg.): Europastrategien des deutschen Kapitals 1900-1945, Bonn 1994, S.96

2 Friedrich Naumann: National-sozialer Katechismus, Berlin, 1897, S.5

3 ders.: Mitteleuropa, zit. nach: Opitz, Europastrategien, a. a. O., S.337

4 Adolf Hitler: Der Weg zum Wiederaufstieg, zit. nach: Reinhard Opitz: »Raum, Rasse, Volk«, in: Hanns-Werner Heister/Hans-Günter Klein: Musik und Musikpolitik im faschistischen Deutschland«, Frankfurt/a.M. 1984, S.43

5 Carl Duisberg: Gegenwarts- und Zukunftsprobleme der deutschen Industrie, 24. März 1932, zit. nach: Opitz, Europastrategien, a. a. O., S. 581

6 Werner Daitz: Denkschrift über die Errichtung einer Zentralstelle für europäische Großraumwirtschaft, 1936, zit. nach Opitz, Europastrategien, a. a. O., S. 630

7 Carl Schmitt: Völkerrechtliche Großraumordnung mit Interventionsverbot für raumfremde Mächte«, 1. April 1939, zit. nach Opitz, Europastrategien, a. a. O., S.643

8 Rüdiger Altmann: Das Erbe Adenauers, Stuttgart, 1960, S.186

9 zit. nach: Dieter Bergner/Wolfgang Eichhorn/Walter Jopke/Dietrich Noske: Imperialismus und Weltanschauung, Berlin, 1966, S. 39 f.

10 Peter Glotz: Gesamteuropa – Skizze für einen schwierigen Weg (1990), zit. nach: Peter Kratz: Rechte Genossen, Berlin 1995, S.182

11 Herfried Münkler: Lahme Dame Demokratie, in: Internationale Politik, Mai/Juni 2010

12 »Zeitenwende – Wendezeiten«, Sonderausgabe des Munich -Security Report, Oktober 2020

*- Jürgen Lloyd ist einer der Autoren der kürzlich erschienenen DKP-Bildungszeitung »Reaktionärer Staatsumbau«. Abzurufen unter: <https://dkp.de/partei/theorie-und-bildung/>